



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 5. Oktober 2023
(OR. en)

13829/23

POLCOM 223
COLAC 120
SERVICES 46
COMER 115

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	4. Oktober 2023
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.:	SWD(2023) 328 final
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG) der Auswirkungen des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien, Ecuador und Peru andererseits

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument SWD(2023) 328 final.

Anl.: SWD(2023) 328 final

Brüssel, den 4.10.2023
SWD(2023) 328 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN
EVALUIERUNG (ZUSAMMENFASSUNG)

**der Auswirkungen des Handelsübereinkommens zwischen der Europäischen Union
und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Kolumbien, Ecuador und Peru andererseits**

{SWD(2023) 327 final}

Die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten haben ein umfassendes Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru. Vorläufig angewendet wird es mit Peru seit dem 1. März 2013 und mit Kolumbien seit dem 1. August 2013. Am 1. Januar 2017 trat auch Ecuador dem Abkommen bei.

Das Abkommen sorgt dafür, dass die Märkte auf beiden Seiten nach und nach geöffnet werden und das Umfeld für Handel und Investitionen in allen Partnerländern stabiler und berechenbarer wird. Als eines der ersten EU-Handelsabkommen mit umfassendem Anwendungsbereich befasst es sich auch mit dem Thema Handel und nachhaltige Entwicklung (Trade and Sustainable Development, im Folgenden „TSD“).

Im Jahr 2020 beauftragte die Kommission ein externes Beratungsunternehmen mit der Bewertung des Abkommens hinsichtlich seiner wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Dimension (einschließlich Arbeitnehmerrechte) im Zeitraum April 2020 bis Juli 2021. Die Ergebnisse wurden im Januar 2022 veröffentlicht.

Im vorliegenden Dokument wird der Standpunkt der Kommission zu dieser Analyse dargelegt. Ferner wird ermittelt, ob die Durchführung des Abkommens verbessert werden muss, um sicherzustellen, dass alle Partner die gebotenen Möglichkeiten voll ausschöpfen können, und ob die Ziele im Hinblick auf die vier Kriterien Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz und Relevanz aus den Leitlinien der EU für eine bessere Rechtsetzung erreicht wurden.

Nach Auffassung der Kommission wurden bei der Durchführung des Abkommens die spezifischen Ziele gut erreicht. Das Abkommen spielte eine bedeutende Rolle bei der Förderung des Handels und bleibt auch weiterhin wichtig für den Warenhandel zwischen der EU und den drei Partnerstaaten in der Andenregion. **Seine Auswirkungen können – wenn auch in relativ begrenztem Umfang – als positiv beurteilt werden.**

In den folgenden Absätzen werden die Auswirkungen und Folgen des Abkommens im Einzelnen erläutert.

In **wirtschaftlicher Hinsicht** hat das Abkommen zu einem leichten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aller Partner, also der drei Andenstaaten und der EU-Mitgliedstaaten, sowie auf der EU-Ebene insgesamt geführt. Besonders profitiert haben Branchen der Partner, in denen ein komparativer Vorteil besteht. Für die Andenstaaten waren dies landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel, aber auch die Leichtindustrie, für die EU hingegen hauptsächlich der Maschinenbau und die Automobilbranche sowie andere Industriezweige.

Auf **sozialer Ebene** hatte das Abkommen branchenspezifische Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse, die den wirtschaftlichen Auswirkungen des Abkommens entsprechen. In der EU werden diese Auswirkungen als vernachlässigbar angesehen. In den Andenstaaten wurden die stärksten positiven Auswirkungen im Agrar- und Lebensmittelsektor festgestellt, etwa bei Gemüse, Obst und Nüssen. Eine Reihe von Industriezweigen hingegen verzeichnete teils einen Beschäftigungsrückgang.

Die **Umweltauswirkungen** des Abkommens werden insgesamt als sehr gering eingestuft.

Die Auswirkungen des Abkommens auf die **Menschenrechtslage** waren in den Andenstaaten begrenzt; in der EU konnten hier keine Auswirkungen festgestellt werden.

Die **Wirksamkeit** des Abkommens hinsichtlich der in Artikel 4 gesetzten Ziele war mäßig. Während der Verhandlungen kamen alle drei Staaten im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems der EU (APS+) in den Genuss eines einseitigen präferenziellen Zugangs zum EU-Markt ähnlich dem des derzeitigen Abkommens. Zwischen 2013 und 2021 stieg der bilaterale Handel insgesamt um 6,5 %. Die Liberalisierung der Zölle erfolgte nach Plan. So hatte das Abkommen sowohl auf bilateraler als auch auf EU-Ebene insgesamt einen Anstieg des Warenhandels zur Folge.

Zusätzlich wurden Fortschritte bei der Eintragung und Durchsetzung geografischer Angaben (g. A.) erzielt. Es kam zu keinen förmlichen Streitigkeiten zwischen den Partnern. Etwa die Hälfte aller Unstimmigkeiten konnte durch die im Rahmen des Abkommens eingesetzten Unterausschüsse beigelegt werden.

Die Vereinbarungen für **Handel und nachhaltige Entwicklung (TSD)** hatten spürbare Auswirkungen in Bereichen, in denen Hilfsprojekte durchgeführt wurden. Der Dialog im Rahmen dieser Vereinbarungen hat die Fortsetzung bestimmter positiver Aktivitäten begünstigt oder eine Verschlechterung der Lage verhindert. Zur Ermittlung der Rolle des Abkommens als entscheidender Faktor für konkrete Maßnahmen oder Veränderungen lagen keine ausreichenden Daten vor.

Aus institutioneller Sicht wird die **Effizienz** des Abkommens als hoch eingestuft, im Hinblick auf seine Ziele jedoch als mäßig. Der Handelsausschuss und die Unterausschüsse haben ihre Rolle als Foren für den Informations- und Meinungs austausch wahrgenommen. Bei der Beseitigung von Handelshemmnissen funktionierte das System zwar bei den meisten technischen Streitigkeiten, jedoch würden bestimmte Fragen mit politischen Auswirkungen einen stärkeren und gezielteren politischen Druck erfordern. Vertreter der Zivilgesellschaft könnten durch bessere Möglichkeiten, wie insbesondere den Dialog mit Beratungsgruppen oder interne Mechanismen, vermehrt zu den Diskussionen der Partner beitragen.

Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung war die **Kohärenz** des Abkommens mit der allgemeinen Handels- und Umweltpolitik der EU und ihrem Einsatz für die Nachhaltigkeitsziele¹ und die Agenda für menschenwürdige Arbeit **hoch**². Insgesamt ist die Kohärenz mit den wichtigsten Politikbereichen der EU auch weiterhin gegeben.

Die neuen politischen Prioritäten, die seit 2013 zwangsläufig sowohl auf EU-Ebene als auch weltweit entstanden sind, werden vom Abkommen in seiner derzeitigen Form nicht

¹ [Ziele für nachhaltige Entwicklung \(europa.eu\)](https://europa.eu).

² [Mitteilung über menschenwürdige Arbeit \(europa.eu\)](https://europa.eu).

vollständig erfasst. Dazu gehören das Übereinkommen von Paris und der europäische Grüne Deal mit der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“.

Entsprechend den Ergebnissen der Überprüfung der TSD-Politik der EU ergreift die Kommission bereits konkrete Maßnahmen für eine höhere Wirksamkeit der Verpflichtungen im Bereich Arbeit und Umwelt aus dem TSD-Kapitel.

Tatsächlich kann die überwiegende Mehrheit der Aktionspunkte der TSD-Überprüfung bereits in dieser Phase oder durch einen Beschluss der im Rahmen des bestehenden Abkommens eingesetzten Ausschüsse umgesetzt werden. Die Kommission arbeitet diesbezüglich mit den zuständigen Behörden der Andenstaaten zusammen.

Andere TSD-Verpflichtungen würden jedoch eine Änderung des Abkommens erfordern, wie beispielsweise die Möglichkeit einer Rücknahme von Handelspräferenzen als letztes Mittel (durch „Handelssanktionen“) bei gravierenden Verletzungen der grundlegenden Prinzipien und Rechte der IAO am Arbeitsplatz oder bei wesentlichen Verstößen gegen das Übereinkommen von Paris.

Um die verbleibenden Aktionspunkte der Überprüfung der TSD-Politik vollständig umzusetzen, wird die Kommission eine gezielte Aktualisierung des Abkommens vorschlagen, sobald es von allen EU-Mitgliedstaaten vollständig ratifiziert wurde.